

Unsicherheit hinter starken Worten

Im Oktober 1981 verurteilte das Gebietsgericht Lemberg die beiden Priester *V. M. Kavaciv* (Geburtsjahrgang 1934) und *R. S. Esip* (Jahrgang 1951) zu je fünf Jahren Lagerhaft und drei Jahren Verbannung. Dieses auch für sowjetische Maßstäbe außerordentlich hohe Strafmaß begründete das Gericht nicht etwa wie sonst meist in derartigen Fällen mit „antisowjetischer Propaganda“ und „Verleumdung der sowjetischen Wirklichkeit“, sondern das Gericht sprach den Sachverhalt ganz unverblümt aus: „Von 1974 bis 1981 haben die Angeklagten entgegen den Verboten der Behörden unerlaubte religiöse Tätigkeit unter den unierten Ukrainern organisiert; sie haben in den Dörfern des Gebietes Lemberg zur Tages- und Nachtzeit, an Arbeits- und Feiertagen illegale Gottesdienste in nicht von den Behörden registrierten Gemeinden der Gläubigen abgehalten, ebenso auf Friedhöfen und in Wohnungen sowie in registrierten orthodoxen Kirchen ohne das Einverständnis der orthodoxen Gemeinden“ (Zitat aus dem Urteil des Lemberger Gebietsgerichts für Strafsachen vom 28. Oktober 1981, Az. 2–71, in: Chronik der litauischen katholischen Kirche Nr. 55, 1. November 1982, zitiert nach der russischen Übersetzung in: *Religija i ateizm v SSSR* 4/1983, S. 10).

Es gehört zu den bedrückendsten Eindrücken von sowjetischer Wirklichkeit, daß im Jahr der verschärften Repressalien gegen unierte Gemeinden das Moskauer Patriarchat mit viel Pomp das 35. Jubiläum der Lemberger Synode feierlich beging. Im Sendschreiben von Patriarch *Pimen* war die Rede „von der Befreiung von der kirchlichen Gefangenschaft“, vom „jahrhundertelangen Sehnen der Griechisch-Katholischen nach der verlorenen Einheit“ und vom „heiligen Durst nach der Wiedervereinigung mit den blutsgleichen Brüdern und Schwestern“. Die orthodoxen Bischöfe der Ukraine forderten in ihrem Antwortschreiben an den Patriarchen sogar, „daß die Union vom ökumenischen Leben prinzipiell ausgeschlossen werden sollte“ (vgl. Sendschreiben des Patriarchen *Pimen* und Antwortschreiben der Bischöfe der Ukraine vom Mai 1981, in: Informationen aus der orthodoxen Kirche N. F. 10, 2/1981, S. 44–47).

Man gewinnt den Eindruck, das Moskauer Patriarchat möchte durch starke Worte die eigene Unsicherheit überspielen. Das Verbot der Union durch den weltlichen – sowjetischen – Arm hat stets das Verhältnis zwischen der russischen orthodoxen Kirche und dem Vatikan belastet.

Während sich jedoch Rom in den siebziger Jahren – auch im Interesse einer „Entspannung“ der Beziehungen zur Orthodoxie – zurückhielt, ist Johannes Paul II. – wahrscheinlich unter dem Eindruck der Lebensäußerungen aus der Untergrundkirche – nicht bereit, die Moskauer Sprachregelungen schweigend zu tolerieren. Die Abkühlung der Beziehungen zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Vatikan hat u. a. hierin seinen Grund.

Im Dezember 1982 wurde die sowjetische Polizei auch in der Karpatho-Ukraine aktiv. Hier wurde *Josyf Terelja* verhaftet, der zusammen mit vier anderen Unierten eine „Initiativgruppe zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen und der Kirche“ gegründet hatte (vgl. *Ukrainian Catholic Activist Arrested*, in: *Radio Liberty Research* 78/83, 14. Februar 1983). Der Versuch, eine wenn auch noch so bescheidene Organisation zu schaffen, um die *Glaubensfreiheit als Bürgerrecht* einzufordern, hat auch diesmal den KGB handeln lassen. Die Initiativgruppe ist in Anlehnung an eine entsprechende russisch-orthodoxe Gruppe in Moskau und eine katholische in Litauen entstanden.

Ein Willkürakt der Nachkriegszeit

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß 35 Jahre nach ihrer erzwungenen Auflösung die Union keineswegs aufgehört hat zu bestehen. Ein erheblicher Teil der Gläubigen in der westlichen Ukraine bringt seine Zugehörigkeit zur katholischen Kirche des byzantinischen Ritus versteckt oder offen zum Ausdruck. Unter dem Eindruck der ukrainischen Nationalbewegung, der Protestbewegung in der litauischen Kirche und wahrscheinlich auch der Emanzipationsbewegung in Polen hat die *Aktivität* der unierten Gemeinden und Priester in den vergangenen Jahren *zugenommen*. Verstärkte Repressalien der Sowjetmacht und ein breiter Strom von denunziatorischen und verleumderischen Angriffen der Medien in der Ukraine sind die Folge (vgl. *Increasing Activity of the Ukrainian Catholic Church in the Western Ukraine*, in: *RL* 119/83, 16. März 1983). Das Verbot der unierten Kirche muß als eine der schwersten Verletzungen der Religionsfreiheit in der Sowjetunion gewertet werden. Weder stellt diese Kirche die Sowjetmacht in Frage, noch unterscheidet sie sich in Lehre und Ritus wesentlich von anderen, zugelassenen Glaubensgemeinschaften. Ihr Verbot war ein Willkürakt der Nachkriegszeit, der die Eingliederung der neugewonnenen West-Ukraine in die Sowjetunion erleichtern sollte.

Gerhard Simon

Hilfstruppe für den SED-Sozialismus?

Die Rolle der „Berliner Konferenz“ in der DDR

Wenn in letzter Zeit gelegentlich Nachrichten aus der Tschechoslowakei kamen, die besagen, die Bildung einer regierungsabhängigen „Nationalkirche“ werde vom dortigen Regime nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Friedenspriesterbewegung „Pa-

cem in terris“ ernsthaft erwogen, so stellt sich die Frage, ob ähnliche Überlegungen, Wünsche oder Vorhaben, so „platonisch“ sie sein mögen, auch in anderen Ostblockländern bestehen. Niemand zweifelt ja daran, daß die kommunistischen Staaten die Kirchen als Gegner betrach-

ten, die es aus dem kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu eliminieren gilt, nachdem sie im politischen – abgesehen von Polen – jedenfalls als unabhängiger Faktor ohnehin keine Rolle mehr spielen. Die SED freilich hat es stets vermieden, eine auf Abschaffung oder vollständige Privatisierung der Kirchen gerichtete Politik zu betreiben. Statt dessen bemühte sie sich, ohne die Kirchen grundsätzlich in Frage zu stellen, deren öffentlichen Einfluß auf den Status quo zu beschränken bzw. das gesellschaftliche Leben vollständig zu säkularisieren. Bemühungen, die Kirchen von innen her – entsprechend dem nationalsozialistischen Experiment mit den „Deutschen Christen“ – aufzurollen, blieben in den Anfängen stecken (vgl. DDR-Handbuch, Herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 1975, S. 717).

Ein Unternehmen regimerefreundlicher Laien

Der 1958 mit Hilfe der Partei gegründete und von ihr geförderte „Bund evangelischer Pfarrer in der DDR“, dessen Mitgliederzahl über 250 nie herausgekommen ist, löste sich 1974 selbst auf. Als zählbarer erwiesen sich bis heute die sogenannten Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ innerhalb der „Nationalen Front“ und die DDR-Regionalkonferenz der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK), die – neben der Ost-CDU – von der Propaganda der DDR zu Repräsentanten des politischen und kirchlichen Willens der evangelischen Kirchen in der DDR hochstilisiert wurden.

Gegenüber der katholischen Kirche trat die SED ungleich zurückhaltender auf. Die internationale Verflochtenheit der Kirche und ihre enge Bindung an Rom mögen ihr, abgesehen von einer auf weitgehender Unkenntnis beruhenden Unsicherheit, solche Zurückhaltung empfohlen haben. Dennoch ist jeder Versuch einzelner Katholiken oder kleiner Gruppierungen innerhalb der Kirche, die Katholiken in der DDR zum Grundkonsens mit dem sozialistischen Staat zu bewegen, von der Partei begierig aufgegriffen und dementsprechend gefördert worden. Daß solche Förderung keineswegs auf psychologische Schützenhilfe beschränkt blieb, sich vielmehr auch in beträchtlichen materiellen Zuwendungen niederschlug, ist offenes Geheimnis.

Als katholisches Pendant zur protestantisch geprägten CFK etablierte sich vor ca. 20 Jahren die „Berliner Konferenz Europäischer Katholiken“ (BK), ein Zusammenschluß von Katholiken, dessen Führung überwiegend der Ost-CDU in führenden Positionen angehört und der über internationale Verbindungen sowohl im Ostblock als auch in mehreren westeuropäischen Staaten verfügt. Die Anfänge der BK reichen in das Jahr 1959. Im April jenes Jahres hatte das Präsidium der „Nationalen Front“ „300 Bürger katholischen Glaubens aus allen Teilen der DDR“ nach Bautzen eingeladen. Man wollte dort beraten, „wie man den Frieden erhalten und die Gefahr eines Atomkriegs abwenden kann“. Kaum bekannte Namen tauchten in den Pressemitteilungen über die Veranstaltung auf: Jür-

gen *Ergerath* (SED), Staatssekretär für Kirchenfragen, *Luitpold Steidle*, Wehrmachtsoffizier und Mitbegründer des „Komitees Freies Deutschland“, sowie *Gerhard Fischer*, als einziger katholischer Pfarrer aus der DDR. Fischers Aktivität in diesem Gremium und in der bald daraus sich entwickelnden „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten“ trug wesentlich mit dazu bei, daß der damalige Berliner Bischof *Julius Döpfner* den nach ihm benannten, jedoch schon aus der Zeit des Kardinals von Preysing stammenden Erlaß, wonach sich kein Priester ohne Genehmigung seines Bischofs zu politischen Fragen unter Berufung auf sein Amt äußern darf, allen Geistlichen erneut ins Gedächtnis rief. Nicht zuletzt dieser Erlaß hat bewirkt, daß das Unternehmen bis heute eine Angelegenheit regimerefreundlicher Laien geblieben ist.

Ähnliche Kundgebungen wiederholte man an anderen Orten, z. B. in Chorin und Erfurt. So sandten 100 Katholiken im Juni aus Chorin einen „Mahnruf“ an die damals tagende Genfer Außenministerkonferenz. Ein von der SED Anfang Juli in Erfurt unternommener Versuch, wiederum 300 bis 400 Katholiken zu versammeln, scheiterte. Es kamen ganze 20 Personen.

Der SED-Ideologie dienstbar

Erst fünf Jahre später, im November 1964, machten die die Politik der SED unterstützenden Katholiken erneut von sich reden. „Neues Deutschland“ meldete: „140 katholische Persönlichkeiten aus 12 Ländern warnen vor MLF“, womit der damals in Westeuropa verfolgte Plan der Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht gemeint war. Die Basis der BK war nun deutlich über den Bereich der DDR hinaus verbreitet. Die polnischen regimerefreundlichen Bewegungen PAX und „Christlich-soziale Vereinigung“, tschechische und ungarische Friedenspriester sowie Abgesandte des linkskatholischen Potentials aus einer Reihe westeuropäischer Länder, vor allem Frankreich, Italien, England, Österreich und der Bundesrepublik, verstärkten die relativ schwachen katholischen Oppositionskräfte aus der DDR und verschafften ihnen einen gewissen Rückhalt in den sich abzeichnenden Auseinandersetzungen mit der Kirchenführung.

Die Bischöfe in der DDR hielten sich bedeckt. Auf eine offene Auseinandersetzung mit der von der SED demonstrativ unterstützten Initiative konnten sie es nicht ankommen lassen, zumal ihnen die publizistischen Mittel zur Darstellung des eigenen Standpunktes fehlten, während Presse und Rundfunk sich lautstark hinter die Veranstaltung und ihre Initiatoren stellten. Sie mußten zudem zur Kenntnis nehmen, daß sich so namhafte Katholiken, wie der frühere Bürgermeister von Florenz, *Giorgio La Pira*, der Utrechter Friedensforscher, Professor *Adrian Manning*, und die Bonner Pazifistin *Klara-Maria Faßbinder* für die BK engagierten, und *Heinrich Böll* der Tagung herzliche Grüße sandte. Dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz der DDR, Erzbischof *Alfred*

Bengsch, übersandte die Konferenz ein Grußtelegramm, das freilich nicht erwidert wurde. Das Ersuchen der Tagungsleitung, in der St. Hedwigskathedrale einen Gottesdienst zu feiern, lehnte das Ordinariat ab. Es stellte im übrigen in einer in West-Berlin veröffentlichten Erklärung fest, die Veranstaltung habe „eindeutig die Absicht verfolgt, päpstliche Äußerungen und Diskussionsbeiträge des Konzils einer bestimmten politischen Ideologie dienstbar zu machen“. Kein Priester aus der DDR habe an der Tagung teilgenommen.

Die Motivation zu ihrem Einsatz für den Frieden entliehen sich die Referenten der Tagung, darunter ein aus Österreich stammender bekannter Generalmusikdirektor aus der DDR und ein suspendierter italienischer Priester, zugleich Stalin-Preisträger, aus Diskussionen und Papieren des Zweiten Vatikanischen Konzils wie auch besonders aus der kurz zuvor erschienenen Enzyklika Papst Johannes' XXIII. „*Pacem in terris*“. „Wir katholischen Christen des 20. Jahrhunderts können dem Ansehen unserer Kirche keinen größeren Dienst erweisen, als daß wir mit Entschiedenheit eintreten für die Lösung der großen Aufgabe, den Frieden durch Vertrauen und Verträge unerschütterlich zu sichern“, hieß es in einem Hauptreferat. Die Teilnehmer könnten sich „mit gutem Gewissen als Repräsentanten aller jener Katholiken ihrer Heimatländer“ betrachten, die „mit gleichem Ernst die Sicherung eines dauerhaften Friedens durch Vertrauen und Verträge gemäß den Ratschlägen der Päpste erstreben“, fügte der Referent hinzu.

Krise nach 1968

Als *Spiritus rector* der Berliner Konferenz kristallisierte sich Mitte der 60er Jahre immer stärker der Ost-Berliner Publizist *Otto Hartmut Fuchs* heraus. Der gebürtige Schwabe, Sohn eines Lehrers in Schwäbisch-Gmünd, lebte bis 1950 in der Bundesrepublik, ehe er unter nicht näher geklärten Umständen plötzlich in die DDR übersiedelte. Fuchs gehörte während seiner Schulzeit der katholischen Jugendbewegung an, wurde im Zweiten Weltkrieg wegen seiner antinazistischen Haltung inhaftiert und von den Sowjets in Wien befreit. Er stieg in den vergangenen Jahren in der Ost-CDU bis in das Parteipräsidium auf. Fuchs ist alles andere als ein Apparatschik. Er kennt sich in der Entwicklungsgeschichte der katholischen Kirche bis in die Gegenwart hinein hervorragend aus und verfügt über ein Vokabular, das den Bildungshorizont des Bürgersohnes nur schwer verleugnen kann.

Die 2. Vollversammlung im März 1966 mit ca. 220 Teilnehmern aus 18 Ländern in Ost-Berlin verdeutlichte das gewachsene Selbstvertrauen der BK. Der ehemalige Zentrumspolitiker *Gerhard Desczyk* meinte unter Hinweis auf die Konzilskonstitution über die Kirche und das Dekret über das Laienapostolat, Kleriker wie Laien seien dadurch legitimiert, aktiv in der Friedensbewegung mitzuarbeiten. Man gab in der Diskussion zu, daß die sogenannten „Delegierten“ weit davon entfernt seien, ihre Glaubensbrüder in ihren Heimatländern zu vertreten. Westdeutsche Teil-

nehmer, ihnen voran Klara-Maria Faßbinder, forderten gar die Aufhebung des Schießbefehls an der Mauer. Sie konnte dies unangefochten tun, weil sich die BK-Versammlungen stets hermetisch gegen die Außenwelt und damit gegen ungebetene Zuhörer durch strenge Ausweiskontrollen an den Eingängen abschließen. Zudem erscheint nichts, was der politischen Führung der DDR nicht genehm ist, in der Presse. Offiziell ist höchstens von „freimütigem Meinungs austausch“ die Rede. Der Vatikan distanzierte sich in einem Artikel im „*Osservatore Romano*“ nachdrücklich von der Versammlung, die trotzdem Paul VI. ein ehrerbietiges Grußtelegramm übersandte.

In einer zum Abschluß des Treffens veröffentlichten „Botschaft aus Berlin“, die sich wiederum auf Äußerungen der letzten Päpste und des Konzils berief und in der man einen Beitrag der Katholiken Europas für Sicherheit und Solidarität forderte, fehlten bemerkenswerterweise Angriffe auf die Bundesrepublik. Sie waren nach heftigen Debatten auf Wunsch französischer, niederländischer und westdeutscher Teilnehmer aus dem – wie bei allen BK-Vollversammlungen vorfabrizierten – Papier eliminiert worden. Der kurz zuvor zwischen den deutschen und den polnischen Bischöfen ausgetauschte Briefwechsel, der die Versöhnung der beiden Völker zum Ziel hatte, schien den Initiatoren dagegen nicht diskussionswürdig.

In eine schwere Krise geriet die BK 1968 durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR. Ihre Glaubwürdigkeit als „europäisches Friedensforum“, wie sie sich gern selbst bezeichnet, stand auf dem Spiel, nachdem die SED Zustimmung zu der Invasion von den Leitungsgremien erwartete und „Neues Deutschland“ behauptete, diese sei auch gegeben worden. Es kam auf der Sitzung des „Internationalen Fortsetzungsausschusses“ im Dezember in Ost-Berlin zu heftigen Auseinandersetzungen, die dazu führten, daß eine größere Anzahl regelmäßiger Teilnehmer an den BK-Veranstaltungen – fast ausschließlich solche aus westeuropäischen Ländern – auf Distanz gingen. Erst im Verlauf des Jahres 1969 begann man mit neuen Aktivitäten auf der unteren Ebene – Arbeitskreise, Studienkonferenzen etc. –, um die verbliebenen Kräfte zu sammeln. Dabei zeigte sich, daß die Mehrheit der bekannten und z. T. profilierten katholischen Persönlichkeiten aus dem Westen – unter ihnen holländische, französische und spanische Ordensgeistliche – zur Mitarbeit nicht mehr bereit waren.

Schwankendes Image selbst bei Gönnern

Erst im Mai 1970 gelang es, ein „Symposium“ unter dem Thema „1945–1970, Lehren und Konsequenzen – für ein System der kollektiven Sicherheit in Europa“ mit ca. 120 Teilnehmern zu organisieren. Als Hauptreferenten präsentierte man den damals 67jährigen, noch heute in der Bundesrepublik lebenden Vorsitzenden des kommunistisch gesteuerten „Verbandes der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), *Joseph Rossaint*, der 1933 als Kaplan im

Ruhrgebiet wegen pazifistischer Aktivitäten von der NS-Justiz zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt worden war. In seiner Ansprache sparte er nicht mit Kritik an der Bundesrepublik, die er wie andere Redner zur Anerkennung der DDR aufforderte. Die Schlußresolution machte sich die damals von der DDR wiederholt an die Kirche gerichtete Forderung nach Anerkennung der Staatsgrenze als Grenze auch für die Jurisdiktionsbezirke zu eigen. Den katholischen Bischöfen in beiden Teilen Deutschlands wurde vorgeworfen, sie drückten sich um ihre Friedensverantwortung herum.

Zu einem grotesken Zwischenfall kam es bei einem Gottesdienst in St. Hedwig: Dort löste die Bemerkung eines Geistlichen in seiner Predigt, „der Gekreuzigte blicke nicht nur nach Vietnam, Laos und Kambodscha“ (den damaligen Schauplätzen des Kriegs zwischen Vietnam und den USA), vielmehr „sehe er vor sich hin auf die Schächer, die mit ihm gekreuzigt wurden“, heftigen Protest der anwesenden BK-Sympathisanten aus. Man beschloß einen entsprechenden Beschwerdebrief an Kardinal Bengsch.

Ein zweites Mal geriet das Image der BK selbst bei ihren Freunden und Gönnern ins Wanken, als die Veranstalter der VII. Tagung in Dresden 1980 nicht bereit waren, die sowjetische Okkupation Afghanistans klar zu verurteilen. Auch nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen konnte man sich nicht zu einer Parteinahme für „Solidarnosc“ entschließen, zog sich vielmehr auf den fadenscheinigen Standpunkt der „Nichteinmischung“, der gegenüber umstrittenen Aktionen im Westen, z. B. Vietnam, Chile, Neutronenbombe oder NATO-Nachrüstung, in der BK noch nie gegolten hatte, zurück. Diese Einäugigkeit des angeblichen katholischen Friedensforums hatten die Bischöfe in der DDR von Anfang an klar erkannt. Mehrmals bescheinigte daher Kardinal Bengsch den Initiatoren öffentlich, sie verträten keineswegs die Interessen der Kirche und der Katholiken zwischen Elbe und Oder. Solche Kritik wurde meist „zähneknirschend“ hingenommen, weil man sich eine offene Auseinandersetzung mit der Amtskirche aus Gründen des Selbstverständnisses nicht leisten konnte.

Je kühler das Verhältnis zur Kirche in der DDR war, um so intensiver bemühten sich Fuchs und seine Freunde um Beachtung und Lob seitens des Vatikans und kirchlicher Stellen im Ausland. Man ließ kaum eine Gelegenheit aus, sich durch Briefe, Gruß- oder Glückwunschtelegramme, Übersendung von Resolutionen sowie durch Besuche – ob erwünscht oder unerwünscht – in Szene zu setzen. Dabei

spekulierten die Absender zu Recht auf die Höflichkeit der Adressaten oder diplomatische Gepflogenheiten, die von kirchlichen Stellen besonders korrekt eingehalten zu werden pflegen. So vermochte man immer wieder mit päpstlichen oder irgendwelchen bischöflichen Dankes- oder Bestätigungsbriefen aufzuwarten.

Eine Besonderheit stellen die Bemühungen der BK dar, die Aufgaben der offiziellen kirchlichen Friedensbewegung Pax Christi für die DDR zu übernehmen. Trotz mehrfacher Anläufe sowohl bei der Internationalen Pax-Christi-Leitung in Belgien als auch beim deutschen Generalsekretariat in Frankfurt gelang es Otto Hartmut Fuchs bisher nicht, diese Rolle gegen den Willen der Berliner Bischofskonferenz zu übernehmen. Der Versuch, über eine regionale Pax-Christi-Gruppe im schwäbischen Raum durch Hineinnahme eines dortigen Mitglieds in den Führungsstab der BK einen Einstieg zu finden, blieb vorläufig ein Ausnahmefall.

Nutzen mit Kehrseite

Immer wieder ist von westlichen Teilnehmern an den Veranstaltungen der BK, die ihren Namen 1978 übrigens in „Berliner Konferenz europäischer Katholiken“ änderte, gegen Kritik an ihrer Anwesenheit eingewandt worden, man müsse die Chance einer solchen Begegnungsplattform zwischen Katholiken aus Ost und West trotz der berechtigten Bedenken wahrnehmen. Zudem böten die Konferenzen für manchen Priester oder Laien aus Ungarn, der Tschechoslowakei oder Litauen die einzige Möglichkeit zu Kontakten mit Glaubensbrüdern aus dem Westen. Sie begegneten auf diese Weise westlich-freiheitlichen Vorstellungen. Gespräche mit einzelnen Teilnehmern östlicher Staaten unter vier oder sechs Augen scheinen dies zu bestätigen. Andererseits ist der politisch-propagandistische Effekt der BK-Aktivitäten, der seit zwei Jahrzehnten durchgehaltene Versuch, der Bevölkerung in der DDR einzureden, die Katholiken Europas stünden mit ihren hervorragendsten Exponenten auf seiten der eigenen Ideologie und der Politik der sozialistischen Staaten, nicht zu unterschätzen. Die dahinterstehende Unwahrhaftigkeit widerspricht christlicher Auffassung und katholisch-kirchlichem Selbstverständnis. An der Konstellation, daß die Bischöfe in der DDR der „Berliner Konferenz“ ablehnend gegenüberstehen, dürfte sich daher in absehbarer Zeit kaum etwas ändern.

Ernst-Alfred Jauch

Aufregung über schlechten Geschmack

Bemerkungen zu Achternbuschs „42. Herrgott“

Daß Filme Furore machen, ist nichts Ungewohntes. Lärm gehört in dieser Kulturbranche zum Geschäft. Meist ist die Aufregung dann am größten, wenn sexuelle Tabus durchbrochen oder, um es in der Sprache des Filmförderungsgesetzes zu sagen, „religiöse Gefühle“ verletzt wer-

den. Die meisten waren die Aufregung nicht wert, auch die größte Erregung kann einem minderen Film kein Dauerrenommee garantieren. Einige, das „Schweigen“ von *Ingmar Bergman* oder auch „Viridiana“ des eben verstorbenen *Luis Buñuel*, haben auf diese Weise Filmgeschichte